Schlesischen Arbeitsgemeinschaft Evangelium und Kirche zu Breslau am 3. Oktober 1933 erschienen, der durch die Schlesische Arbeitsgemeinschaft Evangelium und Kirche, Breslau 1, Herrenstr. 21, zu haben ist.

Aus der ökumenischen Bewegung und der äußeren Mission.

Die Kirche als Gewissen der Völker. Englische Kirchenführer treten für das Recht Deutschlands ein:

London, 14. Oktober. Der Erzbischof von Canterbury sprach am Freitagabend auf einer Kundgebung des Völkerbundsverbandes über das neue Deutschland und seine Stellungnahme zur Abrüstungsfrage.

Unter dem Beifall der Zuhörer erklärte der Erzbischof, sie seien alle mit ernstlichem guten Willen für die deutsche Nation erfüllt und für die Wiedereinsetzung Deutschlands in seinen gleichberechtigten Platz in der Gemeinde der Nationen. Für die gegenwärtige Stimmung des deutschen Volkes seien andere Staaten, England nicht ausgenommen, verantwortlich. Diese Stimmung sei in starkem Maße auf die Verzögerung der Erfüllung im Versailler Vertrag gegebenen Abrüstungsversprechungen zurückzuführen.

Der neue Geist der Hoffnung in Deutschland und der Wunsch, die Selbstachtung wiederzugewinnen und einer neuen Zukunft mit vereinigten Kräften gegenüberzutreten, verlange Sympathie. („Völkischer Beobachter" 15. Oktober 1933.)

London, 24. Oktober. Die Tatsache, daß beträchtliche Kreise der englischen Öffentlichkeit dem deutschen Standpunkt größeres Verständnis entgegenbringen, kam heute in einer Rede des Bischofs von Ripon zum Ausdruck, der den Austritt aus der Abrüstungskonferenz und aus dem Völkerbund nicht nur eine logische Folge der fortgesetzten Abrüstungsweigerung der anderen Mächte, sondern den einzigen Weg nannte, der Deutschland übrig blieb, um von der ganzen Welt ernst genommen zu werden. Wenn Deutschlands Austritt den Beginn des Verfalls des Völkerbundes und Zusammenbruches des Kollektivprinzips der internationalen Politik bedeuten sollte, so wäre es ebenso unbillig, die Verantwortung auf Deutschland oder die Hitler-Regierung zu schieben wie den Völkerbund selbst zu tadeln.

Die Schuld laste auf jenen Nationen, die den Völkerbund als Nebelwand benutzten, um dahinter ihre egoistischen und rachsüchtigen Zwecke zu verfolgen und auf jene unter allen Nationen, einschließlich der englischen, die den Völkerbund verleugneten, weil der Grundsatz, für den er eintrete, ihrer veralteten nationalistischen Tendenz widerspreche.

Unsere erste Aufgabe, erklärte der Bischof, ist es, zu versuchen, Deutschland zu verstehen, nicht es anzuklagen, und noch weniger, es aus falschen Gründen anzuklagen. Es ist immerhin noch nicht bewiesen, daß das neue Deutschland Krieg wünscht. Klar ist, daß es Gleichberechtigung wünscht, und in dieser Beziehung müssen wir, insbesondere seit dem Genfer Abkommen vom Dezember 1932, freimütig sein Recht anerkennen.

(„D. A. Z." 25. Oktober 1933.)

•

Das Wesen kirchlicher Auslandsarbeit. Zu dieser Frage macht Dr. Hans Beyer im „Reichsboten" vom 12. Oktober 1933 beachtenswerte Ausführungen, aus denen wir einige grundsätzliche Hinweise mitteilen:

„Das Zeitalter der ergebnislosen Konferenzen muß auch für die Kirche vorbei sein: entweder wird eine sachliche Einigung über gemeinsame Maßnahmen erzielt oder nicht — was dazwischen liegt, ist meist vom Übel. Wichtiger als die kirchlichen Konferenzen scheint uns die theologische Zusammenarbeit und Auseinandersetzung. . . .

Eine bewußte kirchliche Auslandsarbeit muß also im Reiche anfangen, bei der Besetzung der Lehrstühle, bei der Betreuung der ausländischen Theologen, bei besonderen Freizeiten mit fremdvölkischen Glaubensgenossen und bei Auslandswerbung für die deutschen

theologischen Fakultäten. Dabei muß Klarheit darüber herrschen, daß das Ausland wohl lutherische, reformierte und brüderische, nicht aber unierte Kirchen kennt. Hinzu kommt, daß das konfessionelle Bewußtsein, das im Reiche vor allem in den Großstädten und in Ostdeutschland nur eine geringe Rolle spielt, gerade im Auslande außerordentlich stark ist. Erinnert sei an Ungarn und Holland. . . .

Kirchliche ‚Außenpolitik' erfordert Sachkunde, Liebe und Einsatz. Ein Fehler bringt hunderte draußen auf dem Kampffelde in Not und Unglück. Planmäßige Arbeit aber dient der Stärkung des Volkstums und der Lebendigkeit der Kirche. Auf diesem Arbeitsgebiete gibt es viele Gefahren und ungeheure Verantwortung. Zugleich aber wird jede sachliche Leistung zu einem geschichtlichen Geschehen für Nation und Kirche."

*

Deutsche Not in Polen. Alle Angriffe auf die Selbständigkeit des evangelischen Deutschtums in Polen sind deswegen so schwerwiegend, weil damit erstens überhaupt eine Schwächung der Stellung des Protestantismus in Polen eintritt, da die Protestanten nur eine verschwindende Minderheit darstellen in einem katholischen Staat, und weil zweitens das Deutschtum in Polen als solches einen verzweifelten kulturellen Existenzkampf kämpft.

Nach der letzten Volkszählung sind von den 32 132 936 Bewohnern Polens 63,8 Prozent römisch-katholisch, 11,2 Prozent griechisch-katholisch, 10,6 Prozent orthodox, 10,5 Prozent mosaisch und 3,8 Prozent evangelisch, d. s. über 1 200 000. Die evangelischen Kirchen haben 701 Gemeinden mit 827 Kirchen und Kapellen.

Unter den Protestanten stellen die Deutschen einen Hauptteil. In der abgetretenen Provinz Posen gab es 1914 allein 275 deutsche evangelische Gemeinden mit etwa 1,2 Millionen Seelen; jetzt sind es nur noch etwa 400 000.

Nachstehende Mitteilungen aus dem „Evangelischen Kirchenblatt, Monatsschrift für evangelisches Leben in Polen" vom September 1933 geben einen Einblick in die kulturelle Not des Deutschtums in Polen.

Der deutsch-evangelische Lehrer Stenzel in Kuschlin ist in den Ruhestand versetzt worden, obwohl er sich im besten Mannesalter befindet; ebenso der deutsch-evangelische Lehrer Rößler in Gr.-Lipke und Lehrer Linke in Schwarzhauland, sämtlich im Kreise Neutomischel. Nachfolger für diese in den Ruhestand versetzten Lehrer sind nicht ernannt worden, so daß der Unterricht durch Nachbarlehrer polnischer Nationalität erteilt wird. Es sieht so aus, als ob diese Schulen als deutsche Schulen eingehen sollen. —

Die einklassige deutsche Privatschule in Talsee bei Gnesen mußte mit Beginn dieses Schuljahres eingehen, da dem bisherigen Lehrer und Leiter der Schule, Köble, die Konzession zur Leitung dieser Schule aus „pädagogischen Gründen" entzogen wurde. Lehrer Köble hat 13½ Jahre an deutschen Schulen gewirkt und bisher zur vollsten Zufriedenheit der Schulbehörden seines Amtes gewaltet. Nun müssen die deutschen Kinder eine sieben Kilometer entfernt liegende Privatschule besuchen, wenn sie nicht in die polnische Schule gehen wollen. —

Der bisherige Leiter der staatlichen deutschen Volksschule in Rawitsch, Müller, wurde nach 13jähriger Tätigkeit nach einem Orte an der litauischen Grenze versetzt. Als Grund wurde „das Wohl der Schule" angegeben. Am Ende des vergangenen Schuljahres wurde Lehrer Müller vom Kreisschulinspektor wegen seiner Unterrichts- und Erziehungserfolge gelobt, jetzt wird er zum „Wohl der Schule" versetzt. —

Das „Evangelische Kirchenblatt" (Polen) schreibt zur Frage der protestantischen Kirchenunion in Polen:

„Ein freundschaftlich nachbarliches Verhältnis zu den andern evangelischen Kirchen in Polen kann von niemandem mehr gewünscht werden als von uns. Aber das Wunschbild einer Union des gesamten Protestantismus in Polen ohne Unterschied der Volkszugehörigkeit der verschiedenen Kirchen kann nur bei demjenigen auftauchen, der von diesen Glau-